

DAS KRIEGSBEHARREN DES TÜRKISCHEN STAATES



GEGEN DEN FRIEDEN DER KURDEN

„Unsere Sicherheitskräfte werden die notwendigen Interventionen gegen all diejenigen durchführen, die sich zum Werkzeug des Terror machen, auch wenn es Kinder oder Frauen sind. Ich möchte, dass dies klar verstanden wird.“ (Tayyip Erdogan, Ministerpräsident der Türkei)

Ein Informationsdossier

Inhalt:

- Internationaler Aufruf
- Presseerklärung von YEK-KOM (31. 03. 2006)
- Presseerklärung von YEK-Kom (29. 03. 2006)
- Eine Chronologie der Ereignisse
- Interview mit Osman Baydemir
- Interview mit Murat Karayilan

Internationaler Appell:

Türkei führ Krieg gegen kurdische Kinder und Jugendliche **Europas Verantwortung für eine friedliche und gerechte Lösung**

Türkische Panzer und Wasserwerfer jagen kurdische Demonstranten. Schüsse, Tränengas, zerbrochene Scheiben, brennende Häuser, Schreie, Tote. - Tagelang herrscht Aufruhr in kurdischen Städten der Türkei, in Diyarbakir, Batman, Hakkari, Siirt, Mardin, Kiziltepe und Nusaybin; Diyarbakir wie im Kriegszustand. Die bisherige Bilanz: Sieben Tote, darunter Kinder und Jugendliche, und Hunderte von Verletzten.

Für den türkischen Regierungschef Recep Tayyip Erdogan steht fest: Das ist das Werk der „Terroristen“: Wer seine Kinder von diesen missbrauchen lasse, werde „vergeblich“ um sie weinen. „Unsere Sicherheitskräfte werden tun, was sie zu tun haben, egal wer die Menschen sind, die dem Terrorismus als Instrument dienen, ob es Kinder oder Frauen sind.“

Noch kurz zuvor hatten die Kurdinnen und Kurden friedlich ihr Neujahrsfest Newroz gefeiert. Um ihre Hoffnung auf Frieden wurden sie erneut betrogen. Denn Ankara bereitete groß angelegte provokative Militäroperationen im Osten des Landes vor, setzte letal wirksame und nach internationalem Recht verbotene toxische Stoffe ein. 14 Widerstandskämpfer starben. Bei der Beerdigung von vier der Getöteten in Diyarbakir entlud sich die Wut vor allem jugendlicher Kurden über die getäuschten Hoffnungen, die anhaltenden Repressionen, die Rechtlosigkeit, die fehlenden Perspektiven.

Der Bürgermeister von Diyarbakir – um Vermittlung bemüht – wurde von den türkischen „Sicherheitskräften“ mit Gewalt bedroht und angegriffen, Ärzten und Krankenhäusern die Behandlung der Verletzten untersagt, das staatliche Hospital von Soldaten umstellt.

Die Trauerzüge tausender Menschen, die ihre Toten beklagen und beerdigen wollten, wurden mit Gaswaffen und Geschossen daran gehindert.

So erfahren Millionen kurdischer Menschen aufs Neue, dass die behaupteten und von ihnen erhofften Reformen des europäisch/türkischen Anbindungsprozesses für sie nicht gelten, nur auf dem Papier stehen.

Angesichts dieser schrecklichen Militäreinsätze gegen die kurdische Zivilbevölkerung ergeht dieser Appell an die internationale Öffentlichkeit und an die verantwortlichen Institutionen der EU, den Europarat und besonders an den für die Türkeianbindung zuständigen EU-Kommissar Rehn sowie die EU-Präsidentschaft Österreichs:

Mit einem unverzüglichen förmlichen VETO muss der aktuellen massiven Kurdenverfolgung ein sofortiges Ende gesetzt werden!

Europäische Gerichte und Instanzen müssen diese entsetzlichen Vorfälle untersuchen und die Schuldigen bestrafen!

Europa, seine nationalen Regierung, die Medien und die Weltöffentlichkeit müssen zur Kenntnis nehmen, was im Osten der Türkei passiert, und sich aktiv für die Beendigung der fortdauernden Verschleppungen, Verhaftungen und Morde einsetzen.

Europa muss endlich seine Möglichkeiten nutzen, damit eine dauerhafte friedliche Lösung durchgesetzt wird, die die Rechte der Kurdinnen und Kurden anerkennt und garantiert.

Darum appellieren wir. Dafür stehen wir auch persönlich ein.

Unterschriften:

Kontaktadressen:

Erdogan erteilt Freibrief für Morde an kurdische Kindern und Frauen

In verschiedenen kurdischen und türkischen Städten, wie Diyarbakir, Batman, Siirt, Istanbul und Yüksekova, dauern die Auseinandersetzungen zwischen der kurdischen Bevölkerung und der Staatsgewalt seit vier Tagen an. Seit Tagen gehen Polizei und Militär mit Tränengas, Schlagstöcken, Schusswaffen und Panzern gegen die Zivilbevölkerung vor. Die bisherige Bilanz ist erschreckend: 7 Tote und Hunderte zum Teil schwer Verletzte, sowie Hunderte von Festnahmen. Von den bislang 56 verhafteten Personen sind 33 minderjährig.

Die Namen der durch den Schusswaffengebrauch von Polizei und Militär getöteten Personen sind wie folgt: Fatih Tekin (3 Jahre), Enes Ata (6 Jahre), Abdullah Duran (9 Jahre), Mehmet Akbulut (18 Jahre), Mehmet Isikci (19 Jahre), Tarik Atakaya (22 Jahre) und Mustafa Eryilmaz (26).

Vorausgegangen waren Trauerfeierlichkeiten für getötete Mitglieder der Volksverteidigungskräfte (HPG), die am 24. März in der Region Mus-Bingöl im Rahmen einer breit angelegten Militäroperation der türkischen Armee mit Giftgas ermordet wurden. Noch kurz zuvor hatte die kurdische Guerilla einen einwöchigen Waffenstillstand verkündet, um ein friedliches Newrozfest zu ermöglichen.

Mehr als besorgniserregend ist jedoch, wie der türkische Staat auf legitime Forderungen und demokratischen Aktionen des kurdischen Volkes reagiert. Einerseits zieht er immer größere Kontingente von Militär- und Sondereinheiten in der Region zusammen, um den „Volksaufstand“ blutig niederzuschlagen, andererseits werden die Angriffe auf kurdische Einrichtungen und kurdische politische Vertreter verstärkt. Die politischen und militärischen Verantwortlichen der Türkei nehmen die jüngsten Vorfälle zum Anlass, doch noch die seit langen angestrebte Schließung des kurdischen Fernsehsenders ROJ-TV zu erreichen, indem sie den Fernsehkanal für die aktuellen Ereignisse verantwortlich machen. Zudem wird offen mit Gewalt und Gerichtsverfahren gegen die kurdischen Bürgermeister und die Demokratische Gesellschaftspartei (DTP) gedroht, um die politischen Vertreter der Kurden unter Druck zu setzen.

Die aktuellen Ereignisse haben noch einmal deutlich gemacht, inwieweit der türkische Staat die Kurden als eigene Staatsbürger begreift. Vielmehr nimmt er die Kurden immer noch als „Terroristen, Provokateure und Verräter“ wahr. Erstaunlich ist auch, wie schnell die zögerlichen „Reformen“ hinsichtlich sprachlicher, kultureller und politischer Rechte der Kurden für nichtig erklärt werden. Wieder einmal zeigt sich, dass die besagten Reformen und Absichtserklärungen der Erdogan-Regierung nur Makulatur sind.

Aus der heutigen Erklärung Erdogan's war kein Bedauern über die getöteten Kinder und Jugendlichen ersichtlich, kein Wort war darüber zu hören, dass die verantwortlichen Sicherheitskräfte mit Konsequenzen zu rechnen hätten. Stattdessen sagte der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdogan: „Unsere Sicherheitskräfte werden die notwendigen Interventionen gegen all diejenigen durchführen, die sich zum Werkzeug des Terror machen, auch wenn es Kinder oder Frauen sind. Ich möchte, dass dies klar verstanden wird“. Diese Aussage bedeutet somit nichts anders als grünes Licht für weitere Massaker an der kurdischen Zivilbevölkerung. Erdogan's Logik zufolge, ist die Ermordung von Kindern eine notwendige staatliche Intervention, die von den politischen Autoritäten abgesehnet

werden müsse. Mit diesem offenen Bekenntnis trägt nun Erdogan höchstpersönlich die politische Verantwortung für weitere Massaker an der kurdischen Zivilbevölkerung.

Die oben genannten Ereignisse zeigen, wie weit die Türkei noch von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit entfernt ist. Ob sich dies mit dem Ansinnen einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union vereinbaren lässt, ist mehr als fraglich. Die Mitgliedstaaten der EU sind deshalb aufgefordert, gegen das staatsterroristische Gebaren der Türkei einzuschreiten. Die Türkei muss zur Raison gerufen werden. Andernfalls darf es keine weitere Aufrechterhaltung der Perspektive einer Mitgliedschaft in der EU geben.

Pressemitteilung von YEK-KOM vom 29.März

DAS KRIEGSBEHARREN DES TÜRKISCHEN STAATES GEGEN DEN FRIEDEN DER KURDEN



(Diyarbakir, 2. April 2006)

Das kurdische Volk hat auch in diesem Jahr das Neujahrsfest Newroz eindrucksvoll gefeiert. Trotz begründeten Befürchtungen, es könnte zu staatlichen Provokationen und Angriffen kommen, verliefen die Veranstaltungen im allgemeinen friedlich. Newroz ist ein wichtiges Ereignis, das seit längerem den Charakter eines Prüfsteins hat.

Neben der Forderung nach Beendigung des Krieges, nach einer friedlichen demokratischen Lösung der kurdischen Frage und der Anerkennung ihrer Rechte, haben Millionen Kurdinnen und Kurden an den diesjährigen Newrozfeiern deutlicher als je zuvor bekundet, dass sie Abdullah Öcalan als ihren politischen Repräsentanten sehen und seine sofortige Freilassung fordern. Somit hat das kurdische Volk erneut unter Beweis gestellt, dass alle Bestrebungen der Türkei und anderen politischen Kräften, die kurdische Frage losgelöst von Abdullah Öcalan und der PKK behandeln zu wollen, unrealistisch sind.

Schon im Vorfeld war aus politischen und militärischen Kreisen der Türkei zu entnehmen, dass Newroz im Zeichen des Krieges verlaufen würde. So wurden trotz schlechter Wetterbedingungen im Vorfeld von Newroz Militäroperationen in unterschiedlichen kurdischen Provinzen begonnen. Um möglichen negativen Entwicklungen vorzubeugen und einen friedlichen Verlauf der Newrozfeiern zu ermöglichen, erklärten die kurdischen Volksverteidigungskräfte (HPG) für die Zeit um Newroz eine einwöchige militärische Aktionslosigkeit. Auch waren die Organisatoren der Feierlichkeiten sehr bemüht, die politische Atmosphäre nicht anheizen zu lassen. Nur so konnte ermöglicht werden, dass die befürchteten Eskalationen ausblieben.

Der türkische Staat hat vor allem die hohe Beteiligung und die genannten Forderungen mit Argwohn aufgenommen und unmittelbar nach Newroz, in der Zeit der Aktionslosigkeit der HPG, breit angelegte Militäroperationen mit Zehntausenden von Soldaten durchführt.

Nach Pressemeldungen begann das türkische Militär am 24. März im Gebiet zwischen Bingöl und Mus mit über 10.000 Soldaten eine Militäroperation, die zwei Tage lang anhielt. Bei den

Gefechten wurden 14 Guerillaangehörige getötet. Nach Informationen der HPG und nach Aussagen der Familienmitglieder setzte die türkische Armee bei dieser Operation chemische Waffen ein. Parallel dazu wurden auch in den Provinzen Mardin, Dersim und Sirnak Operationen begonnen, die zur Stunde noch anhalten.

Obwohl das kurdische Volk bei jeder Gelegenheit seine Haltung für eine demokratische und friedliche Lösung darstellte und in den letzten Jahren zahlreiche Opfer hierfür aufgebracht hat, hat der türkische Staat immer wieder an seiner provozierenden Haltung festgehalten. Mit Militäroperationen, mit seiner Isolationspolitik gegen Abdullah Öcalan, mit seinen illegalen Banden und mit den Mitteln des schmutzigen Krieges hat er die Repressionen gegenüber den Kurdinnen und Kurden verstärkt und – wie bei den letzten Militäroperationen – die Kinder dieses Volkes auf unmenschliche Weise getötet.

Die Auseinandersetzungen in Diyarbakir und Adana während der Bestattung der getöteten Guerillas führte die Dimension des Problems erneut vor Augen.

Täglich erreichen uns Informationen über Ermordungen, Festnahmen und Folterungen von Zivilisten: So verlor am 25. März der 25jährige Kurde Serdar Dönmez sein Leben in Folge einer Minenexplosion. Während Protestaktionen der Bevölkerung von Hakkari gegen die Festnahme des ehemaligen Provinzvorsitzenden der verbotenen Demokratischen Volkspartei (DEHAP), Sabahattin Suvagi, wurden mehrere Personen verhaftet. Am 25. März explodierte in Elazig vor dem Parteibüro der Demokratischen Gesellschaftspartei (DTP) eine Bombe, in Batman wurde der 42jährige Kleinunternehmer Osman Sütcü vor seiner Wohnung von unbekanntem Tätern angeschossen und erlag seinen Verletzungen. Bei den aktuellen Auseinandersetzungen in Diyarbakir wurden Dutzende Menschen zum Teil schwer verletzt und über 100 Personen festgenommen.

Diese Liste könnte ohne weiteres verlängert werden. Diese Fälle verdeutlichen die Antwort des türkischen Staates auf die Friedensbestrebungen des kurdischen Volkes. Nach Semdinli zeigen auch die jüngsten Entwicklungen, dass in der Türkei nach wie vor eine Strategie zur friedlichen Lösung der kurdischen Frage fehlt und stattdessen weiterhin an der militärischen Lösung festgehalten wird.

Auch die EU und vor allem Deutschland scheinen die Türkei in ihrem kriegerischen Vorgehen nicht stören zu wollen. Obwohl in der Türkei, ein Land mit der die EU offiziell Beitrittsverhandlungen begonnen hat, weiterhin ein Krieg tobt und starke Menschenrechtsverletzungen anhalten, wird diese Realität einfach ausgeklammert. Bislang hat es die EU versäumt, die Türkei unmissverständlich zur Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzung aufzufordern. Stattdessen wird die Türkei weiter mit Waffen ausgerüstet.

Die Newrozfeierlichkeiten fanden in diesem Jahr unter dem Motto „Es gibt noch eine Chance für den Frieden“ statt. Um diese Chance nicht ungenutzt zu lassen, fordern wir von der EU und vor allem von der Bundesregierung, die Gewaltpolitik der Türkei gegen die Kurdinnen und Kurden unmissverständlich zu verurteilen und konkrete Lösungsprojekte mit einzuleiten. Die Türkei muss für seine Menschenrechtsverletzungen und der Verletzung internationaler Abkommen, die den Einsatz von chemischen Waffen verbieten, zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir rufen die EU dazu auf, ihre historische Verantwortung zu übernehmen und für die Lösung der kurdischen Frage, wie am Beispiel von Irland, dem Baskenland und anderen, den Dialogweg zu ebnen.

Bilanz der Ereignisse vom 26. März – 3. April 2006

Nach dem Tod von 14 Guerillakämpfern durch den Einsatz von Giftgas im Rahmen einer Militäroperation der türkischen Armee im Gebiet zwischen Mus, Diyarbakir und Bingöl sind innerhalb einer Woche bei Auseinandersetzungen zwischen der kurdischen Bevölkerung und Sicherheitskräften in verschiedenen kurdischen und türkischen Städten der Türkei bis lang 12 Menschen ums Leben gekommen, darunter drei Kinder. Nach vorläufigen Angaben wurden annähernd 500 Menschen verletzt. Allein in Diyarbakir wurden von 566 festgenommen Personen 354 Personen verhaftet, davon 82 Kinder.

26. März

Malatya:

- Die Leichname der 14 getöteten Guerillakämpfer werden zur Autopsie in die Gerichtsmedizin Malatya gebracht.

27. März

Malatya:

- Familienangehörige der Toten erklären in Malatya, die Leichname seien kaum zu identifizieren und der Zustand der Leichen lasse auf Giftgas schließen. Sie wenden sich an den Menschenrechtsverein IHD mit der Forderung um juristische Hilfe.

Hakkari:

- In Yüksekova (Provinz Hakkari) protestieren ca. 2500 Menschen gegen die kurz zuvor stattgefundenen Vorfälle in Hakkari, bei denen 19 Personen verletzt wurden und gegen fünf Personen Haftbefehl ausgesprochen wurde. Der Kreisverbandsvorsitzende der Demokratische Gesellschaftspartei (DTP), Muhyettin Ünal, macht in einem Redebeitrag auf das neue Konzept der Gewalt aufmerksam, mit dem die kurdische Bewegung nach den friedlich verlaufenden Newrozfeiern konfrontiert sei.

28. März

Diyarbakir:

- Eine Menschenmenge, die vor der Beerdigung in Diyarbakir auf die aus Malatya kommenden Leichname von vier der HPG-Kämpfern wartet, baut Straßenbarrikaden aus brennenden Autoreifen. Nach der Beerdigung formiert sich ein Demonstrationszug, der von der Polizei mit Schusswaffen und Tränengas angegriffen wird. Es kommt zu einer Vielzahl von Verletzten.
- In vielen Stadtteilen Diyarbakirs bleiben die Läden geschlossen. An mehreren Punkten finden Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften statt. 14 Demonstranten werden festgenommen.
- Als die Auseinandersetzungen sich vergrößern, ist erstmalig seit 15 Jahren wieder die Jandarma im Stadtzentrum präsent.
- In Baglar werden Jandarma- und Sondereinheiten stationiert.



- In den Stadtteilen Baglar und Sehitlik versammeln sich Tausende Menschen auf den Straßen. Aus Protest schließen alle Geschäfte außer den Bäckereien und Apotheken.
- Die Filiale Melikahmet der Isbankasi wird von Protestierenden angezündet.
- Die Polizei greift Journalisten an, die Festnahmen aufnehmen wollen.
- Im Stadtteil Melikahmet wird ein Polizeirevier angegriffen. Es fallen Schüsse.
- In Baglar wird beim Protest einer Menschenmenge vor einem Polizeirevier **ein zehnjähriges Kind** durch Polizeischüsse verletzt.



- Zwei Fahrzeuge vor der Polizeischule werden angezündet, die Schule angegriffen.

Batman:

- Der Leichnam von Abdullah Rükün (Berxwedan Garzan), einem der 14 getöteten Guerillakämpfer, wird in Batman im Beisein von 10.000 Menschen beigesetzt.

Siirt:

- Der Leichnam von Kenan Demir (Mervan) wird in Siirt-Gökcebag im Beisein von 10.000 Menschen beigesetzt. Im Anschluss an die Beerdigung wird **der 16-jährige Muhlis Ete** durch Schüsse von Soldaten und Dorfschützern lebensgefährlich verletzt, als er eine Fahne des Demokratischen Konföderalismus am Gipfel des dem Friedhof gegenüberliegenden Berges anbringen will. Es brechen Auseinandersetzungen aus, in deren Verlauf vier Personen festgenommen werden.

Van:

- In Van protestieren Hunderte in den Stadtteilen Hacibekir und Yüniplik gegen die Ermordung der 14 Guerillakämpfer.

Urfa:

- In Urfa-Viransehir protestiert eine Gruppe gegen die Ermordung der 14 Guerillakämpfer.

Adiyaman:

- Der Leichnam von Hüseyin Kizil wird in Adiyaman im Beisein von Hunderten Menschen beigesetzt.

Adana:

- Die Menschenmenge, die an der Beerdigung des Guerillakämpfers Idris Sinet teilnimmt, wird von der Polizei mit Tränengas und Panzerfahrzeugen angegriffen.

Süleymaniye:

- In Süleymaniye-Derbandixan in Südkurdistan demonstrieren Hunderte Menschen für die getöteten 14 Guerillakämpfer.

Siirt:

- Die türkische Armee leitet eine Militäroperation in Siirt-Eruh gegen die HPG-Guerilla unter Beteiligung von ca. 20.000 Soldaten ein.

29. März

Siirt:

- Aus Protest gegen die Schüsse auf den 16-jährigen Muhlis Ete nach der Beerdigung des HPG-Kämpfers Kenan Demir am Vortag bleiben die Geschäfte geschlossen und die Schulen werden boykottiert.



Diyarbakir:

- Die Auseinandersetzungen beginnen morgens erneut. In mehreren Stadtteilen versammeln sich Menschen, bauen Barrikaden und liefern sich Straßenschlachten mit der Polizei. Am Mevlaha-Halit-Boulevard setzt die Polizei Pfeffergas und Schusswaffen ein. **Ein 18-Jähriger wird durch Schüsse lebensgefährlich verletzt.**
- Die Notaufnahmen des Universitäts- und des staatlichen Krankenhauses verzeichnen **95 Verletzte** seit dem vergangenen Morgen.
- In Baglar wird der **22-jährige Tarik Atakaya**, der als Lehrling in einem Möbelgeschäft arbeitet, von Sondereinheiten erschossen. Daraufhin strömen die Menschen auf die Straßen und liefern sich Straßenschlachten mit der Polizei.
- Alle Schulen in der Stadt werden boykottiert. Die Geschäfte bleiben geschlossen.
- Strategisch wichtige Punkte in der Stadt werden unter militärischen Schutz gestellt.
- Die regionalen Industriellenverbände GÜNSIAD und DISIAD, die Industrie-Kammer und weitere Organisationen rufen dazu auf, die Auseinandersetzungen zu beenden.
- In Ofis in der Innenstadt Diyarbakirs kommt es zum Polizeiangriff auf Demonstranten, die zwei Autos niederbrennen.
- Nach Protesten in Seyrantepe, der Tekel-Tabakfabrik und nahegelegenden Dörfern werden Dörfer von Soldaten umstellt.
- Das Dienstfahrzeug des Diyarbakirer Bürgermeisters Osman Baydemir wird von Sondereinheiten angegriffen, als er sich auf dem Weg zu einer Demonstration in der Nähe des Gefängnisses befindet, wo er die Bevölkerung zur Ruhe bringen will.
- In Baglar wird **der neunjährige Abdullah Duran** von Polizisten erschossen.
- Efkan Ala, Gouverneur von Diyarbakir, erklärt, dass bei den Vorfällen drei Menschen getötet, **250 verletzt und 200 Personen festgenommen** worden sind.
- Festgenommene und Augenzeugen von Festnahmen berichten von polizeilicher Folter.

- Birgül Özbaris, Korrespondentin der Tageszeitung Ülkede Özgür Gündem, entgeht nur knapp gezielten Schüssen maskierter Polizisten.

Istanbul:

- In Istanbul-Ümraniye werden bei einer Polizeiintervention mit Pfeffergas gegen eine Barrikaden bauende Gruppe zwei Personen verletzt. Bei den entstehenden Auseinandersetzungen wird **Hüseyin Demir (24) getötet**.
- Im Stadtteil Gazi werden aus Protest gegen die Ermordung der 14 Guerillakämpfer Barrikaden errichtet und Feuer angezündet.



30. März

Urfa:

- Die Polizei greift eine Gruppe an, die mit Mülltonnen Barrikaden baut. An verschiedenen Punkten der Stadt werden strenge Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Batman:

- Über hundert Menschen protestieren gegen die Ermordung der 14 Guerillakämpfer.
- Unter der Parole “Die Menschen von Amed sind nicht allein” laufen Tausende Menschen auf die AKP-Zentrale zu. Polizei und maskierte Sondereinheiten intervenieren mit Panzerfahrzeugen und Tränengas. Die Demonstranten schlagen mit Steinen und Molotowcocktails zurück. Als die Polizei Schusswaffen einsetzt, verteilen sich die Demonstranten auf Nebenstraßen, wo die Auseinandersetzungen weiter gehen.

Van:

- In Van protestieren hundert Menschen gegen den Giftgaseinsatz gegen die Guerilla. Die Polizei interveniert mit Panzern. Die Protestierenden reagieren mit Steinwürfen und zünden ein Fahrzeug an.

Diyarbakir:

- Die Geschäfte im Stadtzentrum bleiben auch am dritten Tag geschlossen, mehrere Schulen werden weiterhin boykottiert.
- Das staatliche Krankenhaus, in dem sich über hundert Verletzte befinden, wird von der Polizei umstellt, Angehörige und sich in medizinischer Behandlung befindende Verletzte werden mit Schlagstöcken angegriffen. Es kommt zu mehreren Festnahmen.
- Tausende Menschen versammeln sich vor der Sefik-Efendi-Moschee, wo die Leichname der getöteten Guerillakämpfer Onur Kaya und Abdullah Duran aufgebahrt sind. In größerer Entfernung von der Menschenmenge werden Armee-Einheiten stationiert. In der Umgebung befinden sich an mehreren Punkten maskierte Sondereinheiten.
- Eine Abordnung hochrangiger Polizeikräfte der Antiterror- und der nachrichtendienstlichen Abteilung unter Vorsitz des stellvertretenden Polizeichefs der Türkei trifft in Diyarbakir ein.

- Die Leichname von Abdullah Duran (9) und Tarik Atakaya (22), die bei den Vorfällen durch Polizeischüsse ums Leben gekommen sind, werden in die Sefik-Efendi-Moschee gebracht. Vor der Moschee warten ca. 20 000 Menschen und fordern Rechenschaft vom Staat.
- Das Polizeibüro neben der medizinischen Fakultät wird mit Molotow-Cocktails niedergebrannt.
- Ein Sechsjähriger wird von der Polizei beim Angriff auf die Menschenmenge vor der Sefik-Efendi-Moschee erschossen. Ein 14-Jähriger wird am Fuß getroffen.
- Polizisten dringen in ein Gymnasium in Sur ein und verprügeln Lehrer, weil die türkische Fahne von der Schule entfernt worden ist. Der Direktor und ein Lehrer werden ins Krankenhaus eingeliefert.
- Das Innenministerium leitet Ermittlungen gegen Osman Baydemir als Bürgermeister von Diyarbakir ein, weil dieser nach dem Tod der ersten beiden Zivilisten in Diyarbakir gegenüber Journalisten geäußert hatte, der Schmerz der Stadt und der Region habe sich von 14 auf 16 erhöht.
- Das staatliche Krankenhaus wird von Soldaten umstellt. Angehörigen der Verletzten wird der Zugang verwehrt.
- Der Korrespondent der Nachrichtenagentur DIHA, Sakir Uygur, wird bei der Beobachtung der Vorfälle nach der Beerdigung durch Polizeischüsse am Fuß verletzt.
- Nach einer Bombendrohung besetzt die Polizei das staatliche Krankenhaus und lässt Gebäudeteile räumen.
- Polizisten aus der Polizeischule greifen mehrere Gebäude in der Umgebung mit Steinen an, zerstören Fensterscheiben und bedrohen die Bewohner.
- Ilyas Aktas, Korrespondent der Zeitung Devrimci Demokrasi, wird von Polizisten durch einen Kopfschuss lebensgefährlich verletzt.
- Innenminister Abdulkadir Aksu trifft abends in Begleitung von 250-300 Sondereinheiten in Diyarbakir ein.

Antalya:

- Aynur Yasli zündet sich aus Protest gegen die Ermordung der 14 Guerillakämpfer durch Giftgas und die Vorfälle in Diyarbakir selbst an und erleidet lebensgefährliche Verbrennungen.

Bingöl:

- Die türkische Armee leitet eine Militäroperation in Bingöl ein. Luft- und Bodentruppen sind in das Gebiet verlegt worden.

31.März

Das jüngste Opfer ist ein dreijähriges Kind, das in Batman von Polizisten erschossen wurde. In Istanbul kam ein Mensch durch einen Bombenanschlag der Gruppierung TAK ums Leben. Während die Partei für eine demokratische Gesellschaft zum Ende der Gewalt aufruft, dauern die Festnahmen weiter an. Die genaue Anzahl der Festnahmen ist unbekannt, bisher wurde gegen 56 Personen ein Haftbefehl ausgesprochen, darunter 33 Minderjährige im Alter von zwölf bis 18 Jahren.



Batman

- Ca. 30 Faschisten werfen nachts unter „Allahü Ekber“-Rufen die Fensterscheiben des Bürgermeisteramtes und eines Dienstfahrzeuges ein.
- Ein dreijähriges Kind wird bei einer Razzia in einer Wohnung von Polizisten erschossen. Soldaten werden in kritischen Stadtteilen stationiert.

Istanbul

- Die „Freiheitsfalken Kurdistans“ (TAK) verüben einen Bombenanschlag auf einem Platz in Kocamustafapasa, bei dem eine Person getötet und elf weitere Menschen verletzt werden. Der Menschenrechtsverein IHD verurteilt den Anschlag und erklärt: „In diesen Tagen, in denen in Diyarbakir mehrere Menschen ihr Leben verloren haben, weil auf Zivilisten geschossen wurde, ist es offensichtlich, dass diese Form von Aktionen keine Lösung für das Problem der Gewalt bietet und dem Wunsch nach einer demokratischen, zivilen und gewaltfreien Gesellschaft widerspricht.“

Amed

- In vielen Stadtteilen bleiben die Geschäfte seit drei Tagen geschlossen.
- Die DTP gibt eine Presseerklärung heraus, in der dazu aufgerufen wird, die Auseinandersetzungen in Diyarbakir zu beenden. In einem demokratischen Land sei es nicht zu akzeptieren, dass die Sicherheitskräfte Waffen gegen die Bevölkerung einsetzen, so Ahmet Türk von der Partei-Doppelspitze. „Wir glauben nicht daran, dass Probleme mit Waffen und Gewalt gelöst werden können. Wir rufen nicht zu Aktionen auf, die über das Maß hinausgehen, und wir erwarten das gleiche von den Sicherheitskräften.“
- Die in den vergangenen Tagen Festgenommenen werden in Gruppen von 25-30 Personen dem Staatsanwalt vorgeführt. Gegen die ersten 56 Personen wird ein Haftbefehl wegen Parolenrufen und Unterstützung der PKK ausgesprochen. Unter den Verhafteten befinden sich 33 Minderjährige im Alter von zwölf bis 18 Jahren. In Polizeigewahrsam befinden sich noch weitere 80 Minderjährige im Alter zwischen zehn und 18 Jahren, die morgen dem Staatsanwalt vorgeführt werden sollen. Die genaue Anzahl der Festnahmen ist nicht bekannt. Berichten zufolge werden die Festgenommenen nackt ausgezogen, geschlagen und beleidigt.
- Im Prozess gegen 24 Mitglieder der Initiative „Mütter für den Frieden“ werden die AnwältInnen im Beisein des Staatsanwaltes am Ausgang des Gerichtsgebäudes verbal und tödlich von Polizisten angegriffen und als „Vaterlandsverräter“ beschimpft.

Während der Verhandlung bezeichnet der Staatsanwalt die Frauen als „ungebildet“. Die Friedensmütter werden aus der Haft entlassen.

- Rechtsanwalt Cafer Koluman wird in der Antiterrorabteilung von Polizisten angegriffen und erleidet einen Nasenbruch.
- Nach Angaben des Menschenrechtsausschusses des Gouverneursamtes von Diyarbakir sind im staatlichen Krankenhaus 262 Verletzte registriert, davon 128 Zivilisten und 135 Angehörige der Sicherheitskräfte. Die medizinische Behandlung von 41 Personen dauert an.
- Berichten zufolge werden zwei weitere Menschen bei verschiedenen Vorfällen in der Stadt durch Schusswaffen verletzt. Im staatlichen Krankenhaus befinden sich acht Personen mit Schusswunden, darunter eine 75-jährige Frau.
- In Baglar und anderen Stadtteilen nehmen maskierte Sondereinheiten alle Personen fest, die ihnen verdächtig erscheinen.
- Mustafa Eryilmaz (26) erliegt seinen Verletzungen, die er sich im Verlauf der Auseinandersetzungen nach der Guerilla-Beerdigung zugezogen hat. Die Anzahl der Toten erhöht sich damit auf acht.

Yüksekova

- Aus Protest bleiben die Geschäfte in der Kreisstadt geschlossen, größere Gruppen bauen Barrikaden, zünden Feuer an und greifen Polizisten mit Steinen an. Militäreinheiten werden ins Stadtzentrum verlegt.

Ergani

- Bei einem Polizeiangriff mit Tränengas und Schlagstöcken auf eine Protestkundgebung werden über zehn Menschen verletzt. Die Geschäfte werden geschlossen, die Schulen boykottiert. Maskierte Sondereinheiten besetzen strategisch wichtige Punkte in der Kreisstadt.

Ankara

- Außenminister Abdullah Gül fordert telefonisch von Dänemark die Schließung des Fernsehsenders Roj TV.

Brüssel

- Bei einer unangemeldeten Protestkundgebung von in Brüssel lebenden Kurden wird das türkische Konsulat mit Eiern und Tomaten beworfen. Als die Polizei eingreift, kommt es zu Auseinandersetzungen, bei denen ein Demonstrant verletzt wird.

Berlin

- Die MLKP gedenkt der getöteten 14 HPG-Guerillakämpfer und drückt ihre Solidarität mit dem „Aufstand in Kurdistan“ mit einem Transparent mit der Aufschrift „Die HPG-Guerillakämpfer sind unsterblich“ aus, das an einem Übergang in Kreuzberg befestigt wird.

Behdinan

- Murat Karayilan vom Exekutivrat der KKK erklärt, die Bevölkerung werde ihre Aktionsphase fortsetzen und steigern. Regierung, Polizei und Medien in der Türkei

seien kurdenfeindlich, so Karayilan. Der Staat provoziere die Kurden. „Das Messer hat den Knochen getroffen. Ich persönlich habe nicht das Recht, die Bevölkerung dazu aufzurufen, ihre Aktionen zu stoppen. Wenn Menschen in so einseitiger Form unter Druck gesetzt, ungerecht behandelt und erniedrigt werden, hat niemand das Recht, einseitig von diesen Menschen zu fordern, sie sollen aufhören, sich zu wehren.“

- Die Volksverteidigungskräfte (HPG) geben bekannt, dass es im Rahmen einer am 28. März beginnenden Militäroperation der türkischen Armee in Sirnak-Besta zu drei Gefechten gekommen ist. Die türkische Armee habe dabei Verluste in unbekannter Höhe erlitten, die Guerilla habe keine Verluste zu verzeichnen.



1. April

Die Anzahl der Todesopfer durch Polizeigewalt hat sich auf neun erhöht. In Mardin-Kiziltepe wird ein 27-Jähriger von der Polizei erschossen. Mehrere Menschen sind lebensgefährlich verletzt. Bei allen Protestaktionen in der Türkei setzen die Sicherheitskräfte Schusswaffen ein. In Diyarbakir sind bisher 198 Personen verhaftet worden.

Kiziltepe

- Die Geschäfte in der Stadt bleiben geschlossen. Im Stadtzentrum werden Sondereinheiten positioniert. Die Hauptstraßen werden mit Panzern und Polizeieinheiten besetzt. Über Megaphon wird den Geschäftsinhabern mit rechtlichen Konsequenzen gedroht, wenn sie ihre Läden nicht öffnen.
- Eine geplante Demonstration unter dem Motto „Der Frieden hat noch eine Chance“ wird bereits im Vorfeld von der Polizei mit Tränengas, Schlagstöcken und Schusswaffen angegriffen. Die Demonstranten errichten Barrikaden, zünden Banken, eine Postfiliale, die AKP-Zentrale und weitere staatliche Gebäude an.
- Jandarma-Einheiten dringen ins Stadtzentrum ein und greifen die Menschen an.
- Ahmet Arac (27) wird von der Polizei erschossen. Ungefähr 50 Personen, davon neun Polizisten, werden verletzt.

Amed

- Aus dem staatlichen Krankenhaus wird eine Gruppe Ärzte und Krankenschwestern in die Polizeischule in Baglar gerufen, wo die Festgenommenen in einer Turnhalle untergebracht sind. Berichten zufolge sollen sie dort die Gefolterten medizinisch behandeln.
- In Bismil werden nach einer Kundgebung bei Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften 14 Personen verletzt, vier davon durch Schusswaffen.
- Von 280 Festgenommenen, die bisher dem Staatsanwalt vorgeführt worden sind, sind 198 verhaftet worden. Weitere 82 Personen werden noch verhört.

- Polizisten suchen die Büros von TV-Sendern und Nachrichtenagenturen auf und verlangen die Aufnahmen von den stattgefundenen Auseinandersetzungen der vergangenen fünf Tagen.
- Polizisten führen Razzien in Privatwohnungen, Cafes, Geschäften und Büros durch und nehmen mindestens vier Personen fest.
- Von 14 durch Polizeischüsse in den vergangenen Tagen Verletzten im Alter zwischen 17 und 68 Jahren befinden sich fünf nach wie vor in Lebensgefahr.

Silopi

- 5000 Demonstranten, die aus Protest einen Kranz vor der AKP-Zentrale niederlegen wollen, werden von der Polizei angegriffen. Es kommt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei denen ein Demonstrant durch Schusswaffen schwer verletzt wird.

Yüksekova

- Die Geschäfte bleiben geschlossen. Es kommt zu Straßenschlachten und Dutzenden Festnahmen.
- Soldaten führen im Stadtzentrum eine Demonstration mit nationalistischen Parolen durch.

Van

- Auf Anraten des Gouverneursamtes werden Prüfungen an der Anadolu-Universität auf unbestimmte Zeit verschoben.
- Protestierende werfen Molotowcocktails und schlagen die Scheiben von Stadtbussen ein. Im Stadtzentrum und vor dem Gouverneursamt sind Panzer stationiert. Es kommt zu Dutzenden Festnahmen.

Batman

- Der gestern von der Polizei erschossene dreijährige Fatih Tekin wird nachts heimlich beigesetzt.

Istanbul

- Nachts kommt es zu einer Explosion in einer Filiale der in Militärbesitz befindlichen Oyak-Bank in Fatih. Es entsteht geringer Sachschaden.
- In Zeytinburnu und Sisli werden mehrere Busse angezündet. Die Polizei setzt Schusswaffen ein. Es kommt zu mehreren Festnahmen.

Izmir

- Eine Protestkundgebung wird von der Polizei durch Schüsse aufgelöst.

Ankara

- Der Kassationsgerichtshof leitet Ermittlungen ein, um zu prüfen, ob die Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) in die Vorfälle in Diyarbakir verwickelt ist.

- Das Innenministerium leitet Ermittlungen gegen Osman Baydemir als Bürgermeister von Diyarbakir ein, weil er die PKK gelobt haben soll. Die Staatsanwalt Diyarbakir ermittelt aus dem gleichen Grund gegen Baydemir und einige DTP-Provinzvorsitzende. Baydemir hatte nach dem Tod der ersten beiden Zivilisten erklärt, der Schmerz der Stadt habe sich von 14 auf 16 erhöht.

PARIS, LONDON, NIKOSIA, FREIBURG, HAMBURG, MÜNCHEN, STUTTGART, WIEN

- In mehreren europäischen Städten finden Protestdemonstrationen statt. Lediglich in München kommt es zu einem Angriff der Polizei, die die Demonstrierenden auffordert, mitgeführte Bilder von den 14 in Mus gefallenen Guerillakämpfern nicht zu zeigen. Neun Personen werden festgenommen, darunter ein Korrespondent der Tageszeitung Özgür Politika und ein YEK-KOM-Vertreter. Mehrere Personen werden verletzt.

2. April

Die Anzahl der Todesopfer durch Polizeigewalt hat sich auf zehn erhöht. In Kiziltepe wurde ein weiterer Mann von der Polizei erschossen, in Diyarbakir erlag ein 78-Jähriger seinen Kopfverletzungen. In Istanbul kommt eine Frau ums Leben, als Demonstranten einen Molotowcocktail gegen einen Stadtbus werfen. Die Anzahl der Verhaftungen allein in Diyarbakir ist auf 446 gestiegen. Die Festnahmen dauern an.

Kiziltepe

- M. Siddik Özer (22) wird erschossen, als die Polizei gegen eine Gruppe interveniert, die einen Beileidsbesuch bei der Familie des gestern durch Polizeischüsse getöteten Ahmet Arac abstatten will.
- Straßenschlachten beginnen. Die Kreisstadt ähnelt einem Kriegsschauplatz. Es kommt zu Verletzten auf beiden Seiten. Mehrere staatliche Gebäude werden angezündet.

Nusaybin

- Bei Straßenschlachten kommt es zu mehreren Verletzten und Festnahmen.

Yüksekova

- Von 16 Festgenommenen werden acht wegen Unterstützung der PKK und Zerstörung öffentlichen Eigentums verhaftet.

Batman

- Gegen den Vorsitzenden des DTP-Provinzverbandsvorsitzenden Ayhan Karabulut wird ein Haftbefehl aufgrund eines telefonischen Beitrags im Fernsehsender Roj TV und der Auseinandersetzungen in der Stadt ausgesprochen.

Amed

- Die Polizei nimmt willkürlich Menschen auf der Straße und in Cafes fest. Wer Widerstand leistet, wird brutal geschlagen. Von bisher 546 Festgenommenen sind nach Angaben der Anwaltskammer Diyarbakir 446 verhaftet worden. Da die Gefängnisse in der Stadt inzwischen überfüllt sind, werden Gefangene nach Mardin und Nusaybin verlegt.

- Halit Sögüt (78) stirbt nach drei Tagen an den Folgen einer Kopfverletzung durch Schlagstockeinsatz.
- Die Großmutter des durch Polizeischüsse getöteten neunjährigen Abdullah Duran stirbt an Herzversagen.

Mersin

- In Mersin errichtet eine Gruppe Barrikaden aus Feuer. Als die Polizei angreift, kommt es zu Straßenschlachten. Eine Person wird festgenommen.

Adana

- In Adana errichtet eine Gruppe Barrikaden nach einer Protestdemonstration. Als die Polizei eingreift, kommt es zu Straßenschlachten. Eine Person wird bei einer Wohnungsrazzia brutal festgenommen. Die Polizei wirft Fensterscheiben in mehreren Häusern ein.

Istanbul

- Am Taksim wird eine gemeinsame Kundgebung von DTP, EMEP, IHD, ESP, Volkshäusern und weiteren Organisationen von der Polizei mit Tränengas und Schlagstöcken angegriffen. Mehrere Personen werden verletzt. Bei einer folgenden mehrstündigen Verfolgungsjagd in Nebenstraßen wird ein Demonstrant von Faschisten mit Stöcken und Eisenstangen verprügelt und anschließend der Polizei übergeben. Es kommt zu 13 Festnahmen.
- Auf staatsanwaltschaftlichen Beschluss findet eine Razzia in der DTP-Zentrale in Beyoglu statt. Es werden Computer, Disketten, Bücher, Fahnen und CDs beschlagnahmt.
- In den Stadtteilen Nurtepe und Gazi werden die Hauptstraßen mit Molotowcocktails für den Verkehr gesperrt. Die Polizei setzt Tränengas ein.
- In Bageilar kommt eine Passantin ums Leben, als Demonstranten Molotowcocktails auf einen Bus werfen und dieser gegen einen Strommasten fährt, der auf zwei vorübergehende Frauen fällt. Die zweite Frau wird schwer verletzt.

Paris

- Nach einer Newrozveranstaltung führen ca. 200 Jugendliche einen Fackelmarsch durch.
- In zwei MHP-nahe Cafes werden Molotowcocktails geworfen. Es entsteht Sachschaden.
- BERLIN
In ein MHP-nahes Cafe werden Molotowcocktails geworfen. Es entsteht Sachschaden.

3. April

Amed

- Der 19-jährige Emre Fidan stirbt an den Folgen einer vor vier Tagen erlittenen Schussverletzung



durch Polizeischüsse. Er ist der neunte Tote in Diyarbakir durch Polizeigewalt.

- Mahsuni Mizrak (17) ist der zehnte Tote in Diyarbakir.
- Die Demokratie-Plattform Diyarbakir fordert das Parlament und die Abgeordneten aus Diyarbakir zur Verantwortung auf. Als Sprecher der Plattform kritisiert Ali Öncü die Behauptung eines Ministers, Kinder wäre Geld gegeben worden, damit sie Molotow-Cocktails werfen. „Es sind Menschen zu Tode gekommen, Menschenrechte wurden verletzt, Hunderte von Menschen haben Verletzungen erlitten und wurden gefoltert, Hunderte wurden verhaftet. In einer solchen Situation darf keine so billige Politik gemacht werden. Es geht nicht darum, dass ein paar Scheiben zu Bruch gegangen sind.“
- Rechtsanwalt Cengiz Analay, ehemaliger Vorsitzender der Kinderrechtskommission der Anwaltskammer von Diyarbakir, erklärt gegenüber der Nachrichtenagentur DIHA, die festgenommenen Minderjährigen seien gefoltert worden: „Es ist festgestellt worden, dass die Minderjährigen im Alter von zwölf bis 18 Jahren hinter dem Rücken gefesselt, nackt ausgezogen, mit kaltem Wasser übergossen wurden. Sie wurden gezwungen, sich in diesem Zustand auf nackten Beton zu legen, wo sie stundenlang geschlagen und beleidigt wurden. Über vier Tage hinweg haben sie kein Essen bekommen.“ Bei den meisten der Minderjährigen seien die Misshandlungen ärztlich attestiert worden, so Analay. 89 Minderjährige seien wegen „Unterstützung einer terroristischen Organisation, Aufstachelung der Bevölkerung zum Aufstand, zu Hass und Feindschaft, bewaffneten Angriffes auf Sicherheitskräfte, Plünderung, Besetzung von Banken“ und weiteren Straftaten verhaftet worden.

Batman

- Der Vorsitzende des Provinzverbandes der DTP, Ayhan Karabulut, wird verhaftet.
- Von 41 bei den Protesten Festgenommenen werden 33 verhaftet, darunter sechs Minderjährige.

Urfa

- In der Kreisstadt Viransehir werden ca. tausend Demonstranten von Polizisten und Dorfschützern mit Schusswaffen angegriffen. Die Demonstranten reagieren mit Steinwürfen.

Mardin

- In den Kreisstädten Kiziltepe und Nusaybin werden 54 Personen festgenommen, darunter auch durch Polizeischüsse Verletzte. Es finden vermehrt Razzien in Privatwohnungen statt.

Behdinan

- Wie die HPG bekannt gibt, sind am 30. März bei einer Militäroperation am Cudi-Berg in Sirtak 17 Soldaten und vier GuerillakämpferInnen getötet worden. Die Militäroperation dauert an.

(Quelle: ANF, DIHA, 27.-30.03.2006, ISKU)



Baydemir: die Auseinandersetzung kann sich vertiefen

Der Oberbürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir, hat zwei Befürchtungen. Die Gefahr der Intensivierung der bewaffneten Auseinandersetzung und die Distanzierung zwischen beiden Völkern...

Was geschieht?

- Die Gefahr, die Ankara nicht hören wollten, läutet. Es hat eine gesellschaftliche Explosion gegeben. Um die Ereignisse zu verstehen, muss man zunächst nach Semdinli, auf die EU-Beziehungen und die Demokratisierungsgesetze blicken. Diejenigen, die sich von der ersten zivilen Veränderung gestört gefühlt haben, wollten die Situation aufheizen und haben in Semdinli den Startschuss gegeben. Die Angriffe gegen Wohnblöcke und den Buchhändler wurden von gleicher Hand ausgeführt. Dann erfolgte die Militäroperation in Bingöl.

Gibt es also eine Kriegslobby?

- Auf jeden Fall... Sie wollen den OHAL (Ausnahmestand) und das Gesetz zum Kampf gegen den Terrorismus einführen, die Demokratisierung sowie die EU-Phase stoppen und ihre alte Autorität wieder erlangen. Und die Situation ist ernst. Sie sind dabei das Ziel zu erreichen.

„Die Haltung der Polizei hat sich geändert“ Regierungsbezirk und Polizei verhielten sich besonnen.

- Ja, die ersten zwei Tage haben wir mit dem stellvertretenden Polizeipräsidenten die Menschen besänftigt... Aber ab dem 3. Tag hat jemand einen Schalter betätigt und die Haltung der Polizei hat sich geändert.

Sie haben bei der Beerdigung „den Mut der Aktivisten gelobt“.

- Aus meiner 40minütigen Rede haben sie diesen Satz herausgefiltert und mich verurteilt. Dabei hat diese Rede die Auflösung der Menschenmenge bewirkt. Ich bin kein Polizist, um gewaltsam durchzusetzen; ich bin gegangen, um zu überzeugen, ich habe überzeugt. Wenn es dem Staat Frieden bringt, dass mein Kopf rollt, dann sollen sie mich enthaupten.

Die Organisation versucht durch Verwüstung und Zerstörung ein Ergebnis zu erreichen.

- Berechtigte Forderungen können nicht mit Gewalt durchgesetzt werden. Aber nur weil sie die Fenster geschlossen haben, hätte man nicht auf sie schießen sollen. In Paris ist die Empörung ausgebrochen: in einer Nacht wurden 1000 Autos verbrannt. Auch das war eine Straftat, aber nicht ein Mensch wurde getötet. Warum sind bei uns Kinder im Alter von 6-9 Jahren durch Schüsse der Polizei gestorben?

Aber dann sollte die Partei die Kinder nicht zum Schutzschild machen.

- Ich weiß nicht, inwiefern dies möglich ist. Denn diese Kinder sind in wütenden Familien aufgewachsen. Das Problem ist umfassender als es erscheint... Eine Lösung kann nur gefunden werden, wenn man dem Problem auf den Grund geht.

Sie sagten „Lasst uns nicht noch mehr Verluste erleiden“.

- Sagen nicht auch Staatsmänner „wir haben 35000 Menschen verloren“? Sind nicht die Hälfte davon Parteimitglieder? Also sehen sie auch diese als unser gemeinsames Leid an. Warum stellt es dann ein Problem dar, wenn ich es sage?

Wie wird es gelöst?

- Sie ernten, was sie in 70 Jahren gesät haben. Wenn diese Methode eine Lösung wäre, wäre diese schon eingetreten. Aber sie wollen dies nicht erkennen. Sie werden die Auseinandersetzungen noch eine Zeit weiterführen. Wut wird gegenseitig aufwiegeln.

Was muss getan werden?

- Man muss sich gegen das Falsche stellen. Aber nicht einseitig. Diejenigen, die im Westen leben, sollten sich hineinversetzen in eine Mutter oder einen Vater, die ihr Kind verloren haben...

60% der Bewohner dieser Stadt sind arbeitslos. Ich komme aus diesen Verhältnissen. Ich weiß, was es bedeutet zu hungern. Als ich ein Kind war, gab es Tage, an denen wir keinen Weizen zum Brot backen gefunden haben. Dieses Volk war nicht so arm, es wurde verarmt.

Sie werden nicht wie ein Bürgermeister, sonder eher wie ein Vorsitzender der Partei behandelt.

- Der Grund ist die fehlende Repräsentanz im Parlament... Hätte es doch dort eine Repräsentanz gegeben und wäre ich nur als Bürgermeister gesehen worden.

„Ich sehe die Gefahr“

Es wurden zahlreiche demokratische Schritte in der Region gesetzt.

- Äußerst wichtige Schritte... aber diese Rechte verlieren ihre Wirkung, wenn sie bruchstückhaft gegeben werden und derjenige, der Gebrauch davon macht, bereuen muss. Warum können nicht die türkischen Sendungen auch in kurdisch gemacht werden?

Wohin führt uns das?

- Ich habe zwei Befürchtungen: Zum einen die Gefahr der Intensivierung der bewaffneten Auseinandersetzung... Ich befürchte, dass dies tiefer greifende Folgen als die vorherige haben wird. In der vergangenen Woche sind fast 30 Menschen gestorben, mehr als die Hälfte davon Zivilisten.

Eine andere Befürchtung von mir, die mir die Haare zu Berge stehen lässt, ist, dass es zu einer Distanzierung in den Beziehungen zwischen Türken und Kurden kommt... Die Veränderung der Gefühlslage zwischen den Menschen kann leicht behoben werden, aber zwischen den Völkern ist eine Behebung schwer. Ich sehe diese Gefahr. Wir dürfen dies auf keinen Fall zulassen.

(Das Interview erschien am 31. Mart 2006 in Milliyet)



Murat Karayılan: Die Proteste des zivilen Ungehorsams werden anhalten

von Nucan AMARA -ANF

BEHDİNAN (31.03.2006)- Der Vorsitzende des Exekutivrates der Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan (Koma Komalen Kurdistan) Murat Karayılan hat die seit vier Tagen in der Region anhaltende Ereignisse bewertet. Karayılan im Interview mit ANF.

In den kurdischen Provinzen, allen voran in Diyarbakir wird protestiert. Bei den Protesten kam es zu Todesfällen, auch von Kindern und zu Hunderten von Festnahmen. Wie kam es zu diesen Ereignissen?

Es ist natürlich eine wichtige Frage, wie es zu dieser Situation gekommen ist. Viele unterschiedliche Kreise setzen sich mit dieser Frage auseinander. Bekanntlich hat sich das kurdische Volk bei Newroz klar für eine demokratische friedliche Lösung ausgesprochen. Auch haben wir, die Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan, die Volksverteidigungskräfte (HPG) dazu aufgerufen eine einwöchentliche Waffenruhe zu erklären, damit die Newrozwoche ohne militärische Auseinandersetzungen stattfinden kann. Die HPG hatte unseren Aufruf positiv beantwortet.

Folglich fand Newroz, bei dem die Demokratiebotschaft vermittelt wurde, ohne Zwischenfälle statt. Die Antwort des türkischen Staates jedoch hieß, bei Mus eine breit angelegte militärische Operation durchzuführen und mit Einsatz von chemischen Waffen 14 Guerillas zu ermorden. Das war der letzte Tropfen, was das Fass zum überlaufen brachte. Des Weiteren hat der türkische Staat seine Repressionspolitik gegenüber dem Vorsitzenden Abdullah Öcalan fortgesetzt. Anwalts- und Familienbesuche wurden nicht zugelassen. All das führte dazu, dass die Geduld des kurdischen Volkes strapaziert wurde an dessen Grenzen stieß. Das sind die Gründe für die jüngsten Ereignisse.

Die Bevölkerung hat die Leichnahme der durch die türkische Armee getöteten Guerillas übernommen. Das ist eine natürliche Handlung. Die Haltung der staatlichen Sicherheitskräfte aber war provozierend. Sie haben die Armee, verummte Sondereinheiten und Sonderkriegskräfte nach Diyarbakir in die Stadt gebracht. Des Weiteren beinhalteten die Erklärungen von Staats- und Regierungsvertretern Drohungen gegen die Bevölkerung. Auch die letzte Rede des Ministerpräsidenten beinhaltete klare Drohungen. Die Rede des Gouverneur ging in die Richtung: „Morgen muss Ruhe einkehren, ansonsten werden wir dafür sorgen. Passt auf eure Kinder auf, wenn nicht, werden wir sie erschießen“

Der Staatspräsident, der Innenminister, der Gouverneur und Parlamentarier erklärten „wir werden sie zerschmettern“. Die Sicherheitskräfte sind nun bemüht dies in die Tat umzusetzen, jetzt werden Kinder erschossen. Am 30.3. sagte der Ministerpräsident: „Sie benutzen die Kinder, sie schieben die Kinder vor“. Dann stellt sich aber für mich die Frage auf, wo diese Kinder erschossen worden sind? Diese Kinder wurden in ihren Wohnungen, auf ihren Balkon erschossen. Die Polizisten, die Soldaten und Sondereinheiten eröffnen gegen die Menschen, die unbewaffnet von ihrem demokratischen Demonstrationsrecht gebrauch machen, das Streufeuer. Sie zielen auch auf Wohnungen und Balkons. Was ist das für eine Staatsmentalität? Was ist das für eine Annäherung an die Bürger? Kinder werden ermordet. Wie soll das kurdische Volk dies erdulden? Ohne Zweifel wird es zur Reaktionen des Volkes führen. Sie wollen eine Gesellschaft, dessen Wille beschränkt ist und das sich unterwirft. Das kurdische Volk ist nicht so. Das ist passiert, und unser Volk hat dagegen Stellung bezogen.

Regierungs- und Staatsvertreter sowie die Medien stellen die Ereignisse mit den Worten „Der Terror ist in die Städte angekommen“ als Probe für den Aufstand dar.

Die Politik des türkischen Staats, die sie mitsamt seiner Regierung, seiner Polizei und seinen Medien führt, ist kurdenfeindlich. Sie erkennt nichts von Kurden an. Das kurdische Volk hat bei den Newrozfeierlichkeiten seinen politischen Willen bekundet. Dies aber wird ignoriert. Die türkische Presse manipuliert und verdreht die Wahrheit. Früher wurde diese Art von Presse als „Mehmetci-Presse“ (Mehmetcik werden in der Türkei türkische Soldaten genannt, Anm.d.Ü) bezeichnet. Gegenwärtig arbeitet sie wie ein Organ des Spezialkriegs. Es gibt auch fortschrittliche Journalisten. Ich werfe sie nicht alle in einem Topf, aber die, die provozieren, sind in Mehrheit. Schlagzeilen wie: „Sie revoltieren, sie schlagen alles Kaputt, der Terror ist in die Städte gedrungen“ dienen nicht zur Lösung des Problems und tragen nicht zur Zukunft der Türkei bei.

Mit Gewalt, Repression und Unterdrückung ist es in unserer heutigen Zeit nicht möglich die Gesellschaften unter Kontrolle zu halten. Die Politik des türkischen Staates und der türkischen Presse zielt noch immer darauf ab, das kurdische Volk mit Gewalt „zu zügeln“. Der wesentliche Punkt, ist, dass er diese Mentalität aufgeben muss.

Niemand fragt, was will diese Gesellschaft, welche Botschaft haben sie zu Newroz überbracht. Was machte die Regierung, als von ihr eine positive Annäherung und Geste erwartet wurde? Sie tötete 14 kurdische Guerillas. Hiergegen hat unser Volk reagiert und dies wird anhalten.

Der Ministerpräsident hat unmittelbar nach seiner Ankunft von einer Auslandsreise eine sehr harte Erklärung abgegeben. Er deklariert unmissverständlich, dass sie nicht offen sind für einen Dialog. Er unterstrich seine Entschlossenheit die Ereignisse zerschlagen zu wollen. Wie bewerten sie dies?

Erdogan und seine Regierung verwandelt sich zunehmend zur Politik Demirels. Seine Erklärungen sind das Produkt einer sehr staatlichen und autoritären Denkart. Welchen Schaden kann der Dialog haben? Amerika spricht sogar mit kleinen Gruppen, die nebenan von uns kämpfen. Alle Probleme auf der Erde begeben sich in die Phase, mittels Dialog gelöst zu werden. Die Beispiele IRA und ETA liegen auf dem Tisch. Während auf der Welt eine solche Phase verfolgt wird, hat die Erklärung „Wir werden nicht verhandeln“ keinerlei Bedeutung. Da ist eine kurdische Stadt, in der Millionen von Menschen etwas fordern und als Regierung bist du gezwungen, dies zu beachten. Moderne demokratische Regierung versuchen die Forderungen von wesentlich kleineren Gruppen zu verstehen um eine entsprechende politische Linie zu entwickeln. Millionen Menschen haben Forderungen entwickelt und wünschen eine Lösung mittels demokratischer Methoden, aber die Antwort lautet Gewalt und hetzt Polizisten und Jandarma auf sie. An den Begräbnisfeiern haben über Hunderttausende teilgenommen. Ihre Aktionen waren im Allgemeinen Massenaktionen. Mit einem Herunterspielen der Teilnehmerzahl, mit Terrorisierung und Marginalisierung kann man nichts erreichen. Das ist die Politik die wir ‚mit den Kopf in den Sand stecken‘ bezeichnen. Die Türkei sollte von dieser Politik Abstand nehmen.

Es ist die Rede von „Provokateuren“. Wenn es wirklich Provokateure gibt, dann sind es diejenigen, die in Mus 14 Guerillas ermordet haben. Diejenigen, die diese Operation befohlen haben sind Provokateure. Eine entspannte Phase war eingetreten und die Erwartungen gingen Richtung einer demokratischen Lösung. In so einer Zeit ein solches Massaker zu verwirklichen, ist die eigentliche Provokation. Provokateure sind diejenigen, die auf Wohnungen und auf Balkone schießen und Kinder töten.

Es gibt die Behauptung über Angriffe auf Polizisten...

Als die Leichen zum Friedhof gebracht wurden, sollen einige Kinder Steine auf die Polizeiwache geworfen haben. Aber es soll nichts passiert sein. Als die Menschen den Friedhof verlassen haben, griffen Polizisten mit Gasbomben und Schusswaffen die Massen an. Damit wurden die Ereignisse entzündet. Das sechsjährige Kind Enez wurde hierbei getötet. Ein Kind wurde zu

Hause, das andere, als die Massen vor der Polizeiwache vorbeigingen, getötet. Die Tötungen sind ein klares Vergehen.

Unser Volk entwickelte legitime demokratische Massenaktionen des zivilen Ungehorsams. Niemand sollte diese Realität mit anderweitigen Interpretationen verzehren. Die Aktionen zivilen Ungehorsams unseres Volkes als „Terror“ dazustellen und das Volk mit Schusswaffen und Panzern anzugreifen heißt nichts anderes als „Geht in die Berge“. Das kurdische Volk ist entschlossen in seinem Kampf. Es wird sein Freiheitskampf fortführen. Wenn aber die Aktionen auf diese Weise begegnet werden, wenn gegen sie hart vorgegangen wird, so wird man ihr nur einen einzigen Weg lassen, und das wären die Berge.

In Frankreich finden auch seit Tagen Protestaktionen statt. Die Demonstranten zerstören und verbrennen willkürlich, aber haben die Polizei einen Demonstranten getötet? Nein. Und warum werden in Diyarbakir Menschen getötet? In Diyarbakir wurde sechs und in Istanbul eine Person getötet. Die Logik die dahinter steht: „Ihr habt keinerlei Rechte, wenn ihr eure Köpfe erhebt, werden wir sie zermalmen“.

Strategen sowie einige Journalisten behaupten, dass die PKK versucht sich durch diese Proteste zu politisieren. Daher sehen sie diese Aktionen als gefährlich an und als zu unterdrückende Proteste an. Regierungs- und Staatsvertreter schließen sich dieser Bewertung an. Was sagen sie dazu?

Es ist offensichtlich, dass sie mit dieser Logik zu keinem Ergebnis kommen werden. Der Türkei fehlt es an einer echten politischen Vertretung. Es ist doch bewiesen, dass das kurdische Volk mit Gewalt und Waffen nicht zum Schweigen gebracht werden kann. Es bedarf in der Türkei einer politischen Führung, die ohne weiteres Unheil für die Türkei und ohne weiteres Blut zu vergießen, die Lösung, die das kurdische Volk mit legitimen Methoden einfordert, entwickelt und entsprechende Politik betreibt. Das ist mit Personen, die Profitorientiert sind und sich der demirelschen Politik annähern, nicht möglich. Die AKP ist in dieser Frage erfolglos. Sie vermittelte eine Atmosphäre, als würde sie das Problem lösen wollen. Das dem nicht so ist, hat sich herausgestellt. Erdogan kam nach Diyarbakir, hat geredet aber es folgten keine Taten. Folglich ist das Problem mit all seinen Brennpunkten weiterhin auf der Tagesordnung. Wenn du das Problem nicht löst, stattdessen mit dem Militär auf die Bevölkerung losgehst, wird sich das kurdische Volk organisieren und Aktionen des zivilen Ungehorsams durchführen.

Der Staat beharrt weiterhin an seiner Haltung, in dem er eine Lösung mit der PKK und Abdullah Öcalan klar ablehnt. Aber gleichzeitig unternimmt er auch keine konkreten Schritte für eine Lösung.

Es ist der Vorsitzende Abdullah Öcalan, der ein rationales Projekt für die demokratische Lösung der kurdischen Frage entwickelt hat. Schauen wir uns doch an, wie die Annäherung des Staates gegenüber unserem Vorsitzenden ist. Gerade erst wurden seine Anwälte nach 40 Tagen zu ihm gelassen. Das Gespräch soll unterbrochen worden sein, nachdem die Anwälte berichten, dass Newrozfeiern stattfinden und die Menschen seine Freiheit fordern. Vier Personal soll daraufhin den Raum betreten haben und erklärt haben, dass das Gespräch so nicht weitergeführt werden darf. Erst nachdem die Anwälte agiert haben, konnte das Gespräch fortgeführt werden. So sehen seine Gesprächsbedingungen aus.

Unser Vorsitzender wird unter sehr harten Bedingungen gefangen gehalten, quasi auf einer Linie zwischen Leben und Tod. Warum wird nicht gesehen, dass das zur Spannungen beim kurdischen Volk führt. Es ist vor allem die Politik gegen unseren Vorsitzenden, die unser Volk sehr beunruhigt. Das gesamte Volk hat bei Newroz erklärt, dass sie Abdullah Öcalan als ihren politischen Repräsentanten sehen. Newroz war sozusagen ein Referendum. Die Anwälte wollten ihn mit einem Satz darüber informieren, aber sie werden daran gehindert. Welches Gesetz in der Türkei verbietet das Recht auf Information? Uns ist nicht bekannt, dass offiziell unserem Vorsitzenden eine solche Strafe erteilt worden wäre. Die Verantwortlichen des Gefängnis sagen:

„Ihr dürft nur im Rahmen der Verteidigung und ausschließlich juristische Themen besprechen“. Abdullah Öcalan ist eine politische Persönlichkeit, folglich muss seine Verteidigung politisch sein, daher muss er sich auch mit seinen Anwälten über Politik besprechen. Sogar das wird ihm untersagt. Er wird seiner Rechte beraubt, Briefe und Zeitungen werden ihm nicht ausgehängt. Wenn er Zeitung bekommt, so in zensurierter Form. In letzter Zeit werden die Zeitungsartikel raus geschnitten, die über den Freiheitskampf unseres Volkes oder über Newroz berichten. Wie soll sich eine Lösung entwickeln, wenn die Einstellung eines Staates dermaßen begrenzt und eng ist? Was ist das nur für ein Staat? Das Recht auf Information wird verletzt. Das ist schon keine Isolation mehr sondern starke Folter.

Diese Art von Verbots- und Repressionspolitik provoziert das kurdische Volk. Die Geduld der Kurden erreicht ihre Grenze. Warum befasst sich Herr Erdogan nicht damit? Das kurdische Volk sieht in dem heutigen türkischen Staat nicht seinen eigenen Staat. Wie soll sie auch unter diesen Umständen. Sein Vorsitzender wird schlecht behandelt, seine Häuser und Wohnungen werden beschossen, seine Kinder werden als Terroristen gesehen und getötet. Es gibt eine große Ungerechtigkeit, dass müssen alle sehen. Das Messer ist am Knochen angelangt. Wie wir sehen, beweist das kurdische Volk seine Verbundenheit mit seinem Vorsitzenden und seinen Werten, wenn es sein muss auch mit dem Tod. Erst vor einigen Tagen hat eine griechische Frau sich für die Freiheit für unseren Vorsitzenden angezündet und ist gefallen. Wir müssen diese internationalistische Haltung mit unserem Kampf beantworten. Auch gestern hat die kurdische Frau Aynur Yasli in Athen sich ebenfalls angezündet. Warum wird das nicht gesehen? Niemand würde sich grundlos anzünden. Es gibt also ernste Gründe. Solange das nicht gesehen wird, kann es zu keiner Entwicklung Richtung einer Lösung kommen.

In Semdinli wurde [die türkische Politik] auf frischer Tat ertappt, das wird vertuscht. Danach fand das Treffen zwischen Erdogan und Büyükanit statt, es war ein wichtiges Treffen. Nach diesem Treffen wurde die Gewaltpolitik mit aller Kraft und Grausamkeit auf die Tagesordnung gestellt. Das ist die Ursache des eigentlichen Problems. Es kam zur Übereinkunft, welches in die jüngsten Begebnisse mündete.

Wenn der Staat, wirklich ein Staat werden möchte, so muss er als erstes die staatlichen Verantwortlichen, die in Semdinli die Menschen ermordet haben, verurteilen. Alle, die ihre Finger darin haben, sollen vor Gerichte gestellt werden. Nur so könnten die Menschen sagen, dass die Türkei ein Rechtsstaat ist. Wo ist das Recht? Haben sich die Erklärung bezüglich dem Respekt vor dem Rechts nicht als reine Floskeln herausgestellt. Recht soll nur Recht sein, sofern es sich gegen Menschen außerhalb der Machtclique richtet, aber sobald es sich gegen sie selbst richtet, so wird es als Angriff bewertet. So kann kein Staat funktionieren.

Die Partei für eine demokratische Gesellschaft DTP wird für die Vorfälle verantwortlich gemacht. Wie bewerten sie das?

Die Angriffe des Staates gegen die DTP muss wahrgenommen werden. Die DTP ist eine Partei in der Türkei, die die demokratischen politischen Rechte des kurdischen Volkes verteidigt. Sie ist ein wichtiges politisches Organ, das die Verbindung zwischen dem kurdischen Volk und der Türkei herstellt. Wenn man aufmerksam hinsieht, sieht man, dass die DTP seit Newroz Angriffziel geworden ist. Die DTP wird mit Herri Batasuna verglichen. Bestrebungen, die DTP abzunutzen sind vorhanden. Es wird versucht sie zu beeinflussen. Ein starker Druck wird auf die Partei ausgeübt.

Osman Baydemir wird vom Stellvertreter des Gouverneurs zu den Demonstranten gebracht damit er das Volk überzeugt. Das geht aber natürlich nicht, in dem er die Menschen beschimpft oder auf ihre Köpfe prügelt. Während seines Überzeugungsversuchs sagt er Worte, die den Menschen gefallen haben. Aufgrund dieser Worte wird ein Verfahren gegen ihn eingeleitet. Es ist wie eine Falle gegen ihn.

Wir messen den Bemühungen aller demokratischen Institutionen und Organisationen große Bedeutung bei. In diesem Zusammenhang verstehen wir auch die Sorge kurdischer Politiker an diesem Punkt. Auch wir sehen, dass unter den Bestrebungen des türkischen Staates, die Situation dermaßen anzuspannen, einige Pläne stehen. Aber es gibt eine Realität die gesehen werden muss. Die Aktionen hat das Volk selbst entwickelt. Daher hört sie weder auf die DTP noch auf uns, denn sie ist in einer de facto Situation. Ihre Wohnungen und ihre Kinder werden beschossen. Wie soll ein DTPLer sie aufhalten, wie sollen wir es tun? Niemand kann sie aufhalten. Ich persönlich habe nicht das Recht sie zum „Einhalten“ aufzurufen. Niemand kann einseitig ein Volk, das unterdrückt und erniedrigt wird, zum Einhalten aufrufen.

Es zur Einhaltung aufzurufen würde heißen: „Ergebe dich, es ist der Staat, er hat das Recht dich zu töten, dich zu erniedrigen“.

Der türkische Staat will, dass sich die regionalen Bürgermeister wie Polizisten verhalten. Niemand berechnet die Konsequenz was passieren würde, wenn alle einseitig gegen dieses Volk vorgehen würden. Wenn aber politische Kreise, die die Reaktionen des kurdischen Volkes einzudämpfen versuchen um sie in normale Bahnen zu bringen, mit dieser Art von Angriffen konfrontiert werden, werden alle Beziehungen unterbrochen werden. Es ist äußerst Schwierig zu begreifen, nach welcher Logik der Staat Politik betreibt. Eine Logik, die nur auf die eigene Existenz fixiert ist, kann sich in unserer Zeit nicht fortsetzen. Es ist eine unzeitgemäße Logik.

Das Volk ist auf den Strassen und die Spannung hält weiterhin an. Haben sie Vorschläge für eine Lösung?

Ich denke, dass demokratische Kreise, Menschenrechtsvereine und NGOs als Delegationen nach Diyarbakir reisen sollten. Es wäre angemessen, wenn demokratische politische Parteien, Bürgermeister, Menschenrechtsvereine und NGOs in Form von Friedens- und Versöhnungskomitees in die Region reisen würden mit der Bestrebung die angespannte Atmosphäre zu normalisieren. Aber niemand sollte versuchen den anderen unter seine Kontrolle zu zwingen. Allen voran müssen die Hunderte Menschen, die seit Newroz zu Unrecht festgenommen und verhaftet worden sind, freigelassen werden.

Gegen die Bevölkerung und gegen unsere Kinder wurden Schusswaffen eingesetzt. Diejenigen, die den Schussbefehl erteilt haben, müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Der türkische Staat muss den Vorsitzenden, den das kurdische Volk als seinen politischen Repräsentanten deklariert hat, respektieren. Auf der Grundlage dieser drei Bedingungen können die Bestrebungen die Atmosphäre zu normalisieren erfolgreich sein.

ANF NEWS AGENCY, www.firatnews.com